Deutscher Bundestag
8. Wahlperiode

Drucksache 8/1434

19. 01. 78

Sachgebiet 780

Beschlußempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten (10. Ausschuß)

zum Entschließungsantrag der Fraktion der CDU/CSU

zur Beratung des Agrarberichts 1977 der Bundesregierung (Drucksachen 8/80, 8/81)
— Drucksache 8/189 —

A. Problem

Die Fraktion der CDU/CSU beantragt, die Bundesregierung zu ersuchen

1. in Brüssel mit allen verfügbaren Mitteln darauf hinzuwirken, daß künftig Geschäfte mit verbilligter Butter mit Ostblockstaaten unterbleiben,

2. darauf hinzuwirken, daß — entsprechend den Notwendigkeiten des EG-Buttermarktes — verbilligte Butter in den EG-Ländern an sozialschwache Bürger abgegeben werden und langfristig wieder ein Butterschmalzprogramm durchgeführt wird,

3. im Interesse der deutschen Landwirtschaft keinen EG-Agrarpreisbeschlüssen zuzustimmen, die zu einer Senkung des deutschen Agrarpreisniveaus führen,

4. darauf hinzuwirken, daß es bei den laufenden Preisverhandlungen nicht zu einem ungerechtfertigten Abbau des Grenzausgleichs kommt,

5. im Rahmen der mehrjährigen Finanzplanung darauf zu achten, daß es nicht zu einem weiteren Mißverhältnis zwischen der Maßnahmenförderung bei der Agrarstrukturverbesse-

Druck: Bonner Universitäts-Buchdruckerei, 5300 Bonn
Alleinvertrieb: Verlag Dr. Hans Heger, Postfach 20 08 21, Herderstraße 56, 5300 Bonn 2, Telefon (0 22 21) 36 35 51

rung und dem Küstenschutz und anderen Aufgaben kommt, wodurch die Stagnation im Bereich der Agrarstrukturverbesserung noch weiter verschärft würde.

B. Lösung

Annahme der beiden ersten Punkte und Erledigungserklärung im übrigen.

Einmütigkeit im Ausschuß

Beschlußempfehlung

Der Bundestag wolle beschließen,

den Entschließungsantrag — Drucksache 8/189 — unter Erledigterklärung im übrigen in folgender Fassung anzunehmen:

„Die Bundesregierung wird ersucht,

mit allen ihr verfügbaren politischen und rechtlichen Mitteln bei den Organen der Europäischen Gemeinschaft darauf hinzuwirken, daß zukünftig Buttergeschäfte größeren Umfangs mit Drittländern ohne Zustimmung des Ministerrats unterbleiben;

darauf hinzuwirken, sofern der EG-Buttermarkt dies notwendig macht, Butter verbilligt an sozialschwache Bürger in den Mitgliedstaaten der EG abzugeben und ein Butterschmalzprogramm langfristig wieder durchzuführen."

Bonn, den 16. Dezember 1977

Der Ausschuß für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten

Dr. Schmidt (Gellersen)	**Müller (Schweinfurt)**
Vorsitzender	Berichterstatter

Bericht des Abgeordneten Müller (Schweinfurt)

Bei der Beratung des Agrarberichts 1977 der Bundesregierung in der 23. Sitzung des Deutschen Bundestages am 21. April 1977 hat die CDU/CSU-Fraktion den Entschließungsantrag eingebracht, der in der gleichen Sitzung an den Ausschuß für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten federführend und an den Haushaltsausschuß zur Mitberatung überwiesen worden ist. Der federführende Ausschuß hat den Entschließungsantrag am 28. September und am 14. Dezember, der Haushaltsausschuß am 23. November 1977 beraten. Beide Ausschüsse haben dem Antrag mit den aus der Beschlußempfehlung ersichtlichen Änderungen zugestimmt.

Im einzelnen geht es bei dem Entschließungsantrag um folgendes:

Im Rahmen der alljährlichen Bestandsaufnahme der Agrar- und Ernährungspolitik der Bundesregierung durch den Agrarbericht hat die Fraktion der CDU/CSU den vorliegenden Entschließungsantrag eingebracht. Durch ihn soll die Bundesregierung zu folgendem ersucht werden:

1. Mit allen ihr verfügbaren politischen und rechtlichen Mitteln soll sie bei den EG-Organen darauf hinwirken, daß zukünftig Geschäfte mit verbilligter Butter mit den Ostblockstaaten unterbleiben.
2. Sie soll darauf hinwirken, sofern der Buttermarkt in der EG dies notwendig macht, Butter verbilligt an sozialschwache Bürger in den EG-Ländern abzugeben und langfristig wieder ein Butterschmalzprogramm durchzuführen.
3. Im Interesse der deutschen Landwirtschaft, deren Einkommen im Wirtschaftsjahr 1976/77 voraussichtlich um 6 v. H. sinken wird, soll sie keinen EG-Agrarpreisbeschlüssen zustimmen, die zu einer Senkung des deutschen Agrarpreisniveaus führen.
4. Sie soll darauf hinwirken, bei den laufenden EG-Agrarpreisverhandlungen einen ökonomisch ungerechtfertigten Abbau des deutschen Grenzausgleichs zu verhindern.
5. Im Rahmen der mehrjährigen Finanzplanung soll sie darauf achten, daß es nicht zu einem weiteren Mißverhältnis zwischen der Förderung von Maßnahmen der Agrarstrukturverbesserung und des Küstenschutzes und anderen Aufgaben kommt, wodurch sich die ohnehin abzeichnende Stagnation bei der Agrarstrukturverbesserung noch weiter verschärfen würde.

Die Beratungen in den Ausschüssen haben zu folgenden Ergebnissen geführt:

Absatz 1 des Ersuchens in der Fassung des Antrags wurde von der Mehrheit im Ausschuß als außenpolitisch nicht vertretbar erachtet, wenngleich der Verkauf von EG-Butter an Drittländer zu Schleuderpreisen einmütig mißbilligt wurde. Die Mehrheit im Ausschuß setzte daher die in der Beschlußempfehlung niedergelegte Fassung durch.

Absatz 2 des beantragten Ersuchens wurde einmütig gebilligt.

Absätze 3 und 4 wurden einmütig für erledigt erklärt. Die gleiche Erklärung wurde von der Mehrheit hinsichtlich Absatz 5 beschlossen.

Der Ausschuß bittet den Bundestag daher, den Entschließungsantrag nach Maßgabe der Beschußempfehlung anzunehmen.

Bonn, den 16. Dezember 1977

Müller (Schweinfurt)
Berichterstatter